

2929/AB XXI.GP

Eingelangt am: 14.12.2001

Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft
und Kultur

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2968/J-NR/2001 betreffend Zusammenlegung von Studienrichtungen und Universitätsinstituten, die die Abgeordneten Mag. Christine Lapp und Genossen am 23. Oktober 2001 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Ad 1. bis 3.:

Es gibt keine derartigen Planungen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Ad 4.:

Ob Universitätsinstitute zusammengelegt werden oder nicht ist Angelegenheit der betreffenden Universität und nicht Sache des Ministeriums.

Es gibt, wie bereits oben ausgeführt, keine Pläne Studienrichtungen zusammenzulegen, da dies ebenfalls über Antrag der Universitäten zu geschehen hätte. Die im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur eingerichtete "Arbeitsgruppe Profilentwicklung" hat den Auftrag, gemeinsam mit den Universitäten zu überlegen, an welchen Standorten Doppelgleisigkeiten im Lehrangebot bei gleichen Studien vermieden werden könnten.